An d	An den/die Wahlleiter/in			
in	n			
	I. Wahlvorschlag			
für (	ür die Wahl des/der Ober-/Bürgermeisters/ Bürgermeisterin – Landrats/l	Landrätin <sup>*</sup>		
der/a	der/des			
	Name und ggf. Kurzbezeichnung der Partei/en oder Wählergruppe/n; bei Einzel			
(	5			
für d	tr die Wahl des/der Ober-/Bürgermeisters/Bürgermeisterin – Landrats/Landrä	tin <sup>*</sup>		
der (	der Gemeinde – des Kreises*	am/im Jahr *		
	1. Aufgrund des § 46 d in Verbindung mit § 15 des Kommunalwahlgesetze vorgeschlagen als - gemeinsamer/gemeinsame *-	es und des § 75 b der Kommunalwahlordnung wird		
	Bewerber/in			
	(Familienname, Vornamen)			
	Beruf			
	geboren amin			
	Wohnung und Wohnort			
	Staatsangehörigkeit:			
2.	2. Vertrauensperson für den Wahlvorschlag ist			
	Stellvertretende Vertrauensperson ist			
3.	3. Dem Wahlvorschlag sind Anlagen beigefügt, und zwar			
	<ul> <li>a) Zustimmungserklärung des Bewerbers/der Bewerber/in - von der Bei Vordruck (s. II) abgegeben ist *,</li> <li>b) Bescheinigung über die Wählbarkeit des Bewerbers/der Bewerber/in auf diesem Vordruck (s. III) bescheinigt ist *,</li> </ul>			
	c) eine Ausfertigung der Niederschrift über die Versammlung der Partei/en oder Wählergruppe/n zur Aufstellung des/der - gemeinsamen *- Bewerbers/Bewerberin nebst Versicherungen an Eides statt nach § 46 b i. V. mit § 17 Absatz 8 des Kommunalwahlgesetzes,			
	d)			
	<ul> <li>e) Bescheinigungen des Wahlrechts der Unterzeichner/in dem Formblatt für die Unterstützungsunterschrift bescheinigt ist,</li> </ul>	nen des Wahlvorschlags, soweit das Wahlrecht nicht auf		
	f) folgende Nachweise <sup>1 3</sup> der Partei/en oder Wählergruppe/n, die den V	Vahlvorschlag eingereicht hat/haben - von der Beifügung		
	wird abgesehen, da sie bereits dem Wahlvorschlag	beiliegen:* 4		
	<ul> <li>aa) Wahl des für das Wahlgebiet zuständigen Vorstandes nach demol bb) schriftliche Satzung/en und Programm/e,</li> </ul>	kratischen Grundsätzen,		
	cc) an Stelle von bb) die Bestätigung der zuständigen Behörde, <sup>5</sup> dass	der Nachweis gemäß bb) ihr gegenüber geführt worden ist.		
Ort,	der Pa	schrift/en der für das Wahlgebiet zuständigen Leitung/en rtei/en oder Wählergruppe/n, des Selbstbewerbers/der tbewerberin bzw. eines/einer Wahlberechtigten <sup>6</sup>		

<sup>\*</sup> Unzutreffendes streichen

<sup>\*\*</sup> Zutreffendes ankreuzen

## II. Zustimmungserklärung<sup>7</sup>

Ich stimme meiner Benennung als - gemeinsamer/gemeins	same *-Bewerber/in im umseitigen Wahlvorschlag (s. I) zu.			
ch versichere, dass ich für keine andere Wahl zum/zur Ober-/Bürgermeister/in oder Landrat/Landrätin kandidiere.				
(Ort, Datum)				
(Unterschrift: Vor- und Familienname)				
III. Bescheinigung der Wählbarkeit <sup>8</sup>				
Herr/Frau *	geboren am			
wohnhaft in(Straße, Hausnummer, Wohnort)				
	rundgesetzes/ist Unionsbürger/in* mit Wohnung in der Bundesrepublik det und ist vom Wahlrecht und von der Wählbarkeit nicht ausgeschlossen.			
Ort, Datum				
Dienstsiegel	Der/Die Bürgermeister/in			

- Nur notwendig bei Wahlvorschlägen von Parteien und Wählergruppen, die in der im Zeitpunkt der Wahlausschreibung laufenden Wahlperiode nicht ununterbrochen in der Vertretung der Gemeinde (Ober-/Bürgermeister/in), in der Vertretung des zuständigen Kreises, im Landtag oder aufgrund eines Wahlvorschlags aus dem Land im Bundestag vertreten sind, und bei Vorschlägen von Wahlberechtigten oder Selbstvorschlägen; dies gilt nicht, wenn der/die bisherige Amtsinhaber/in vorgeschlagen wird oder sich selbst vorschlägt. Bei gemeinsamen Wahlvorschlägen entfällt die Notwendigkeit der Beibringung von Unterstützungsunterschriften, wenn eine der beteiligten Parteien oder Wählergruppen vom Erfordernis dazu befreit ist
- Der Wahlvorschlag muss von mindestens fünfmal, bei Gemeinden bis zu 10.000 Einwohnern/Einwohnerinnen von mindestens dreimal soviel Wahlberechtigten, wie die Vertretung Mitglieder hat, persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein. Die Unterschriften sind auf einem Formblatt gem. Anlage 14c KWahlO zu erbringen. Sofern bei gemeinsamen Wahlvorschlägen auf dem Formblatt gemäß Anlage 14c nicht alle der an dem Wahlvorschlag beteiligten Parteien oder Wählergruppen aufgeführt sind, können die dazu beigebrachten Unterstützungsunterschriften nicht berücksichtigt werden
- Von diesen Nachweisen sind auch Parteien befreit, die die Unterlagen gemäß § 6 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 und 2, Absatz 4 des Parteiengesetzes bis zum Tag der Wahlausschreibung dem Bundeswahlleiter ordnungsgemäß eingereicht haben
- <sup>4</sup> Reicht die Partei oder Wählergruppe mehrere Wahlvorschläge im Wahlgebiet ein, so brauchen diese Nachweise nur einmal eingereicht zu werden
- Hat die Partei oder Wählergruppe eine über das Wahlgebiet hinausgehende Organisation, so ist der Landrat/die Landrätin zuständig, falls diese nicht über den Kreis hinausgeht; die Bezirksregierung ist zuständig, falls diese nicht über den Regierungsbezirk hinausgeht, und das für Inneres zuständige Ministerium, falls diese über einen Regierungsbezirk hinausgeht
- <sup>6</sup> Bei gemeinsamen Wahlvorschlägen sind die Unterschriften der Leitungen aller an dem Wahlvorschlag beteiligten Parteien oder Wählergruppen erforderlich
- Die Zustimmungserklärung kann auch nach dem Muster der Anlage 12c KWahlO abgegeben werden
- <sup>8</sup> Die Wählbarkeitsbescheinigung kann auch nach dem Muster der Anlage 13b KWahlO erteilt werden
- Vom Wahlrecht ausgeschlossen sind Personen, die infolge Richterspruchs in der Bundesrepublik Deutschland das Wahlrecht nicht besitzen (§ 8 KWahlG). Nicht wählbar sind Personen, die vom Wahlrecht ausgeschlossen oder infolge Richterspruchs in der Bundesrepublik Deutschland die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzen (§ 65 Absatz 2 Satz 1 und 2 GO, § 44 Absatz 2 Satz 1 und 2 KrO)

<sup>\*</sup> Unzutreffendes streichen

Zutreffendes ankreuzen

## Informationen zum Datenschutz

Für die mit Ihrer Zustimmungserklärung angegebenen personenbezogenen Daten gilt:

- 1. Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten dient dazu, Ihre Zustimmung zur Benennung als Bewerber oder Ersatzbewerber nach §§ 26 Absatz 4, 31 Absatz 3 Satz 5, 72 Absatz 4 Nummer 1, 75 b Absatz 4, 75 j Absatz 4 Nummer 1 Kommunalwahlordnung nachzuweisen.
  - Ihre personenbezogenen Daten werden auch für die öffentliche Bekanntmachung der zugelassenen Wahlvorschläge verarbeitet.
  - Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt auf der Grundlage von Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c und Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe g Datenschutz-Grundverordnung in Verbindung mit den §§ 15 20 Kommunalwahlgesetz und den §§ 26 31, 70, 75 a, 75 f und 83 Kommunalwahlordnung.
- 2. Sie sind nicht verpflichtet, Ihre personenbezogenen Daten bereitzustellen. Die Zustimmungserklärung ist aber nur mit diesen Angaben gültig.
- 4. Empfänger der personenbezogenen Daten sind die jeweils zuständigen Wahlausschüsse (Postanschrift: .............). 

  Im Falle von Wahleinsprüchen können die am Wahlprüfungsverfahren Beteiligten, sowie Gerichte Empfänger der personenbezogenen Daten sein.
  - Die personenbezogenen Daten in den von den jeweiligen Wahlausschüssen zugelassenen Wahlvorschlägen werden öffentlich bekannt gemacht und können zusätzlich im Internet veröffentlicht werden (§ 19 Kommunalwahlgesetz, § 83 Kommunalwahlordnung).
- 5. Die Frist für die Speicherung der personenbezogenen Daten richtet sich nach § 82 Absatz 3 Kommunalwahlordnung: Wahlunterlagen können 60 Tage vor der Wahl der neuen Vertretung vernichtet werden. Der Wahlleiter kann zulassen, dass die Unterlagen früher vernichtet werden, soweit sie nicht für ein schwebendes Wahlprüfungsverfahren oder für die Strafverfolgungsbehörde zur Ermittlung einer Wahlstraftat von Bedeutung sein können.
- 6. Nach Artikel 15 Datenschutz-Grundverordnung können Sie von dem Verantwortlichen über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten Auskunft verlangen.
- 7. Nach Artikel 16 Datenschutz-Grundverordnung können Sie von dem Verantwortlichen die Berichtigung Ihrer personenbezogenen Daten nur bis zum Ablauf der Einreichungsfrist verlangen. Dadurch wird Ihre Zustimmung zur Benennung als Bewerber oder Ersatzbewerber nicht zurückgenommen.
- 8. Nach Artikel 17 Datenschutz-Grundverordnung können Sie von dem Verantwortlichen die unverzügliche Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen, soweit Ihre personenbezogenen Daten für die Zwecke, für die sie verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig sind und die Speicherfrist abgelaufen ist, Ihre personenbezogenen Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden oder der Verantwortliche zur Löschung verpflichtet ist. Dadurch wird Ihre Zustimmung zur Benennung als Bewerber oder Ersatzbewerber nicht zurückgenommen.
- 9. Nach Artikel 18 Datenschutz-Grundverordnung können Sie bis zum Ablauf der Einreichungsfrist von dem Verantwortlichen statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangen, soweit Ihre personenbezogenen Daten für die Zwecke, für die sie verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig sind oder Ihre personenbezogenen Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden. Sie können die Einschränkung der Verarbeitung auch dann verlangen, wenn Sie der Auffassung sind, dass Ihre personenbezogenen Daten unrichtig sind. Durch einen Antrag auf Einschränkung der Verarbeitung wird Ihre Zustimmung zur Benennung als Bewerber oder Ersatzbewerber nicht zurückgenommen.
- 10. Hinsichtlich der in Wahlvorschlägen enthaltenen personenbezogenen Daten besteht im Zeitraum vom Ablauf der Frist für die Einreichung der Wahlvorschläge bis zum Ablauf des Wahltages abweichend von § 5 Absatz 8 des Landesdatenschutzgesetzes in Verbindung mit Artikel 16 und Artikel 18 der Datenschutz-Grundverordnung das Recht auf Berichtigung und das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung abschließend durch das unter den Voraussetzungen des § 18 Absatz 1 und 2 des Gesetzes in Verbindung mit § 27 dieser Verordnung gewährleistete Mängelbeseitigungsverfahren.
- 11. Beschwerden können Sie an den Datenschutzbeauftragten des jeweils für die Datenverarbeitung Verantwortlichen (siehe oben Nummer 3) richten.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Name und Kontaktdaten sind von der Partei oder der sonstigen Vereinigung einzutragen.

Unzutreffendes streichen

<sup>\*\*</sup> Zutreffendes ankreuzen

•				
4	Entsprechende	Postanschrift	und E-Mail	einsetzer

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Entsprechende Postanschrift und E-Mail der Wahlleiter einsetzen, die die Sitzungen organisieren